



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU und SPD

Sachsen-Anhalt braucht Europa und Internationalität

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 6/1235

Der Landtag wolle beschließen:

Sachsen-Anhalt zukunftsfähig in Europa und international

- I. Der Landtag unterstützt die Landesregierung in ihrem Bestreben die Position des Landes Sachsen-Anhalt im europäischen und internationalen Rahmen zu stärken. Denn Sachsen-Anhalt profitiert als Land in zentraler Lage von der Integration im Europäischen Binnenmarkt genauso wie von der weltwirtschaftlichen Verflechtung und Arbeitsteilung. Es ist deswegen notwendig, dass die europäischen und internationalen Aktivitäten ressortübergreifenden strategischen Maßgaben folgen. Diesem Ziel soll auch die Internationalisierungs- und Europastrategie des Landes dienen.

- II. Internationale und europäische Politik gelingt nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Internationalisierung bedeutet für Sachsen-Anhalt insbesondere auch Europäisierung, vor allem in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht. Die gegenwärtigen Probleme in der Eurozone sind daher keineswegs ausschließlich eine Nagelprobe für die europäische Solidarität, sondern vor allem auch eine Nagelprobe für die jeweilige Verantwortung aller regionalen und nationalen Regierungen für das gemeinsame Europa. Mit der Ratifizierung des Europäischen Fiskalpakts und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat am 29. Juni 2012 die Maßgaben eines gemeinsamen Europas umschrieben. Sachsen-Anhalt erfährt umfangreiche Unterstützung aus Europa. Gerade deswegen ist das Land seinen europäischen und internationalen Partnern schuldig, für die Konsolidierung seines Haushalts und die Optimierung seiner Strukturen einzutreten, um mehr Wachstum zu ermöglichen. Die Landesregierung wird gebeten, im Rahmen ihrer internationalen und europäischen Aktivitäten für die Notwendigkeit solider Staatsfinanzen und struktureller Reformanstrengungen, aber auch der nötigen Wachstumsimpulse, im internationalen und europäischen Kontext zu werben.

(Ausgegeben am 11.07.2012)

- III. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger insbesondere in den neuen Ländern stehen der Idee der so genannten „Vereinigten Staaten von Europa“ bislang eher skeptisch gegenüber. Ein „Mehr an Europa“ darf daher kein „Weniger an Demokratie“ bedeuten. Europa darf keine „Eurokratur“ selbsternannter Eliten werden, sondern muss das gemeinsame Projekt aller europäischen Bürgerinnen und Bürger bleiben. Die Gestaltung Europas obliegt seinen Menschen. Deswegen ist es notwendig, dass die Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages sowie der Landesparlamente gestärkt werden. Für die Zukunft des gemeinsamen Europas ist es dringend erforderlich, dass die Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit im Zuge der europäischen Integration gewahrt bleiben. Mit der Vereinbarung zwischen dem Landtag und der Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages durch die Landesregierung vom 15. April 2005 (LIV) sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Landtag über die internationalen und europäischen Aktivitäten der Landesregierung kontinuierlich unterrichtet ist. Der Landtag begrüßt daher ausdrücklich die weitere Optimierung des Beteiligungsverfahrens im Zuge des so genannten Frühwarnmechanismus.
- IV. Die Umsetzung der Internationalisierungs- und Europastrategie für Sachsen-Anhalt setzt voraus, dass auch die Ursachen der fiskalischen und monetären Verwerfungen in der Eurozone genau analysiert werden. Gerade im Zuge der europaweiten Staatsschulden- und Wettbewerbsfähigkeitskrise zeigt sich die Notwendigkeit, ökonomische Gesetzmäßigkeiten des Handelns als solche anzuerkennen. Während die Bürgerinnen und Bürger ihre jeweiligen Entscheidungen stets unter den Bedingungen individuellen Risikos und individueller Haftung zu treffen haben, gilt dies trotz entsprechenden Vorgaben in den europäischen Verträgen (u. a. Artikel 125 AEUV, Artikel 136 AEUV) für die europäischen Staaten derzeit nicht – ebenso nicht für einige der europäischen Banken („too big to fail“). Die Folgen verlustreicher Investitionsentscheidungen von europäischen Banken dürfen aber auch im Interesse eines gemeinsamen Europas nicht dem europäischen Steuerzahler übertragen werden. Hieraus ergibt sich nach Überzeugung des Landtages auch eine große Chance für die Internationalisierungs- und Europastrategie. Denn um die notwendige Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erzielen, ist es unbedingt erforderlich, dass sich die alltägliche Erfahrungswelt der Bürger auch in den Entscheidungen auf internationaler und europäischer Ebene wiederfindet. Zur Verantwortung gehört auch das Scheitern. Zum persönlichen Risiko gehört auch die persönliche Haftung. Nachhaltigkeit beschränkt sich eben nicht nur auf ökologische Zusammenhänge. Nachhaltigkeit ist die generelle Bereitschaft, verantwortlich mit knappen Ressourcen umzugehen. Auch die öffentlichen Finanzen müssen eine knappe Ressource bleiben, deren effizienter und sozial gerechter Einsatz wohl überlegt sein will. Für dieses Bewusstsein gilt es auch durch das Land Sachsen-Anhalt in Europa und international aktiv zu werben. Europa darf nicht als Problem aufgefasst werden, sondern als Teil der Lösung.

- V. Weltoffenheit ist keine persönliche Ansichtssache, sondern eine gemeinsame Aufgabe. Die Fremdsprachenkompetenz der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt ist unterdurchschnittlich. Hier bedarf es verstärkter Anstrengungen durch das Land, auch und gerade im Rahmen seiner internationalen und europäischen Aktivitäten. Die Möglichkeiten des internationalen Austauschs sind diesbezüglich verstärkt zu fördern. Sachsen-Anhalt ist für junge Menschen in Deutschland, aber auch international, ein attraktiver Studienstandort geworden. Mit der zunehmenden internationalen Ausrichtung der Studiengänge und den begleitenden Sprachangeboten an den Hochschulen sind bereits wesentliche Voraussetzungen geschaffen worden, die weiter auszubauen sind. Dennoch entscheiden sich viele Menschen nach dem Studium dazu, Sachsen-Anhalt den Rücken zu kehren. Auch die berufliche und gesellschaftliche Attraktivität des Standorts Sachsen-Anhalt muss daher weiter entwickelt werden. Der Landtag begrüßt in dem Zusammenhang ganz ausdrücklich die jüngsten Entscheidungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, die Zutrittsbarrieren zum deutschen Arbeitsmarkt für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland erkennbar zu senken. Angesichts des demografischen Wandels ist Sachsen-Anhalt zusätzlich auf Zuwanderung angewiesen.
- VI. Der institutionelle Rahmen der EU-Förderung muss transparent sein und eine zügige Antragsbearbeitung gewährleisten, worauf die Internationalisierungs- und Europastrategie zu Recht verweist. Fünf behördliche Strukturen verwalten die EU-Programme. Damit sind häufig sich überlagernde Zuständigkeiten, langwierige Prüfungen und langsame Mittelabflüsse verbunden, wie nicht zuletzt die Halbzeitevaluierung der EU-Strukturfonds für die Förderperiode 2007 bis 2013 gezeigt hat. Die Landesregierung wird gebeten, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten dafür einzusetzen, dass sich die notwendigen Prüfverfahren auf ein notwendiges Maß beschränken und so zügig wie möglich durchgeführt werden.
- VII. Der Landtag bittet die Landesregierung, in Umsetzung der am 10. Januar 2012 vorgelegten Internationalisierungs- und Europastrategie die Maßgaben der Punkte I. bis VI. zu berücksichtigen.

Begründung

Der Landtag begrüßt das Ansinnen der Landesregierung, die internationalen und europäischen Aktivitäten des Landes mithilfe einer Internationalisierungs- und Europastrategie stärker als bisher auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen. Die am 10. Januar 2012 vorgelegte Internationalisierungs- und Europastrategie leistet hierfür wichtige Vorarbeit. Mit ihrem Antrag möchten die Koalitionsfraktionen einen ergänzenden inhaltlichen Beitrag im Interesse der weiteren Aufwertung der Internationalität und Europafähigkeit des Landes leisten.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD